



## Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0099/2019

Vorlage: <b>ST/0110/2019</b>		Datum: 18.09.2019	
<b>Bürgermeisterin</b>			
Verfasser:	50-Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales	Az.: 503001	
<b>Betreff:</b>			
<b>Stellungnahme zum gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen: Linke, Grüne und SPD: Beitritt zur Rahmenvereinbarung für die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge</b>			
Gremienweg:			
26.09.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP	öffentlich	Gegenstimmen
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen

### Stellungnahme:

Die kommunalen Spitzenverbände haben mit Schreiben vom 21.01.2016 einen Beitritt der Landkreise und Städte in Rheinland-Pfalz zur Rahmenvereinbarung nicht empfohlen. Wesentliche Gründe für die ablehnende Haltung sind dabei, dass die kommunalen Forderungen in der Rahmenvereinbarung keine Berücksichtigung gefunden haben.

Bislang sind nur drei von 36 rheinland-pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten der Rahmenvereinbarung beigetreten. Dies sind die Städte Trier, Mainz und der Landkreis Kusel. Die Verwaltung hat mit diesen Kommunen Kontakt aufgenommen, um die dortigen Erfahrungen und Kostenentwicklungen zu ermitteln. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Aus diesem Grunde ist der Verwaltung eine Stellungnahme erst zur nächsten Ratssitzung am 07.11.2019 möglich.

### Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat ist damit einverstanden, dass die Verwaltung eine Stellungnahme zur nächsten Stadtratssitzung am 07.11.2019 vorlegt.